S 5 KA 3268/16

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Vertragsarztangelegenheiten
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Vertragsärztliche Versorgung – Veröffentlichung von Beschlüssen des Bewertungsausschusses im Internet – Wirksamkeit nach Hinweis im Deutschen Ärzteblatt – rückwirkende Budgetierung von Gesprächsleistungen
Leitsätze	1. Beschlüsse des Bewertungsausschusses sind bei einer Bekanntgabe im Internet erst mit der Veröffentlichung eines Hinweises im Deutschen Ärzteblatt auf die Internetfundstelle amtlich publiziert und damit wirksam. 2. Eine rückwirkende Budgetierung von Gesprächsleistungen ist zulässig, wenn der Vertragsarzt aufgrund der Unvollständigkeit der ursprünglichen Regelung zur Bildung des Budgets mit einer Ergänzung des Beschlusses durch den Bewertungsausschuss rechnen musste.
Normenkette	SGB V § 87 Abs 6 S 9 F: 2011-12-22; SGB V § 87 Abs 6 S 10 F: 2019-05-06; SGB V § 106a F: 2003-11-14; GG Art 2 Abs 1; GG Art 12 Abs 1; GG Art 20 Abs 3

1. Instanz

Aktenzeichen	S 5 KA 3268/16
Datum	27.06.2018

2. Instanz

Aktenzeichen	L 5 KA 2830/18
Datum	22.05.2019

3. Instanz

Datum 26.05.2021

Â

Die Revision der KlÃ¤gerin gegen das Urteil des Landesozialgerichts Baden-WÃ¼rttemberg vom 22.Â Mai 2019 wird zurÃ¼ckgewiesen.

Die KlÃ¤gerin trÃ¤gt auch die Kosten des Revisionsverfahrens.

Â

G r Ã¼ n d e :

I

Â

1

Die KlÃ¤gerin wendet sich gegen eine sachlich-rechnerische Berichtigung fÃ¼r das Quartal 1/2014 im Hinblick auf die Budgetierung von GesprÃ¤chsleistungen im Einheitlichen BewertungsmaÃstab fÃ¼r vertragsÃ¤rztliche Leistungen (EBMâÃ).

Â

2

Mit Beschluss vom 31.5.2013 (303.Â Sitzung) zur Weiterentwicklung des EBM-Ã im hausÃ¤rztlichen Versorgungsbereich in den Jahren 2013 und 2014 *(Deutsches Ãrzteblatt 2013, Aâ1509)* legte der Bewertungsausschuss (BewA) ua das folgende Vorgehen zum 1.10.2013 fest: âEs erfolgt die teilweise Ausgliederung einer GesprÃ¤chsleistung aus der Versichertenpauschale. Die Versichertenpauschalen sind entsprechend zu bereinigen. Es ist eine Begrenzung der AbrechnungshÃ¤ufigkeit mÃ¶glichst auf Arztebene sicherzustellen. Hierbei ist zu prÃ¼fen, ob Unterschiede in der Struktur der BehandlungsfÃ¤lle berÃ¼cksichtigt werden kÃ¶nnen.â

Â

3

In Umsetzung dieser Vorgaben fÃ¼hrte der BewA zum 1.10.2013 mit Beschluss vom 27.6.2013 (309.Â Sitzung) zur Ãnderung des EBMâÃ ua eine neue GebÃ¼hrenordnungsposition (GOP) 03230 (Problemorientiertes Ã¤rztliches GesprÃ¤ch im Zusammenhang mit einer lebensverÃ¤ndernden Erkrankung) ein *(Beschluss idF des Erratums vom 12.7.2013, DÃ 2013, Aâ1509 bisÂ Aâ1524)*. Zugleich nahm er ebenfalls mWv 1.10.2013 folgende NrÂ 10 in die PrÃ¤ambelÂ 3.1

(HausÃ¤rztlicher Versorgungsbereich) des AbschnittsÂ III (Arztgruppenspezifische GOP) auf:
Â

Â

4

Mit weiterem Beschluss vom 18.12.2013 (319.Â Sitzung) â□□zur Ã□nderung des Einheitlichen BewertungsmaÃ□stabes (EBM) mit Wirkung zum 1.Â Oktober 2013â□³ Ã¤nderte der BewA NrÂ 10 der PrÃ¤ambelÂ 3.1: SatzÂ 1 und SatzÂ 2 blieben unverÃ¤ndert. In SatzÂ 3 heiÃ□t es nunmehr â□□Â â□¦Â fÃ¼r jeden Behandlungsfall gemÃ¤Ã□ Nr.Â 11 dieser PrÃ¤ambel, bei dem ein Arzt gemÃ¤Ã□ Nr.Â 1 dieser PrÃ¤ambel vertragsÃ¤rztliche Leistungen durchfÃ¼hrt und berechnetâ□□. Zudem wurde ein SatzÂ 4 angefÃ¼gt: â□□Ã□ber das Punktzahlvolumen hinausgehende GesprÃ¤che gemÃ¤Ã□ der GebÃ¼hrenordnungsposition 03230 werden nicht vergÃ¼tet.â□□

Â

5

Der Beschluss wurde am 20.12.2013 auf der Internetseite des Instituts des BewA www.institut-ba.de und am 24.1.2014 im DÃ□ *(Aâ□□143 bis Aâ□□145)* verÃ¶ffentlicht. Ebenfalls am 24.1.2014 wurde im DÃ□ *(aaO, Aâ□□139)* eine Mitteilung Ã¼ber diesen Beschluss abgedruckt; zudem enthÃ¤lt das DÃ□ an gleicher Stelle einen Hinweis, dass die entscheidungserheblichen GrÃ¼nde zu diesem Beschluss auf der Internetseite des Instituts des Bewertungsausschusses unter www.institut-ba.de verÃ¶ffentlicht sind.

Â

6

Die KlÃ¤gerin ist eine aus zwei FachÃ¤rzten fÃ¼r Allgemeinmedizin bestehende, zur vertragsÃ¤rztlichen Versorgung zugelassene BerufsausÃ¼bungsgemeinschaft (BAG). Im Quartal 4/2013 vergÃ¼tete die beklagte KassenÃ¤rztliche Vereinigung (KÃ□V) ihr die GOP 03230 noch im vollem Umfang mit 90Â Punkten. FÃ¼r das Quartal 1/2014 setzte sie mit Honorarbescheid vom 15.7.2014 die abgerechneten 1263 GesprÃ¤che statt mit 90 lediglich mit 35,3Â Punkten fest und vergÃ¼tete die GOP 03230 dieses Quartals mit einer begrenzten Gesamtpunktzahl von 44Â 640Â Punkten (45Â Punkte multipliziert mit 992Â BehandlungsfÃ¤llen) anstelle der von der KlÃ¤gerin abgerechneten 113Â 670Â Punkte (VergÃ¼tungsquote von 39,27Â %). Den Widerspruch der KlÃ¤gerin wies die Beklagte unter Hinweis auf das im EBM-Ã□ geregelte GesprÃ¤chsbudget und die hieraus folgende Quotierung der

Leistung zurÃ¼ck *(Widerspruchsbescheid vom 12.5.2016)*.

Â

7

Das SG hat die Klage abgewiesen *(Urteil vom 27.6.2018)*, das LSG die Berufung der KlÃ¤gerin zurÃ¼ckgewiesen *(Urteil vom 22.5.2019)*. Zur BegrÃ¼ndung hat das LSG ausgefÃ¼hrt, eine unzulÃ¤ssige rÃ¼ckwirkende Budgetierung fÃ¼r das Quartal 1/2014 liege â□□Â anders als die KlÃ¤gerin meineÂ â□□ nicht vor. Der Beschluss vom 18.12.2013 sei bereits am 20.12.2013 auf der Homepage des BewA verÃ¶ffentlicht worden. Dies sei ausreichend, um dem Beschluss Wirksamkeit zu verleihen. Bereits aus dem Wortlaut des Â§Â 87 AbsÂ 6 SatzÂ 9 SGBÂ V folge, dass sowohl die VerÃ¶ffentlichung im DÃ□ als auch im Internet genÃ¼ge. Soweit die Vorschrift vorsehe, dass bei einer Bekanntmachung im Internet im DÃ□ ein Hinweis auf die Fundstelle verÃ¶ffentlicht werden mÃ¼sse, folge hieraus kein Vorrang des Printmediums DÃ□. Nach der GesetzesbegrÃ¼ndung sollte dies lediglich der besseren Auffindbarkeit der Rechtsnorm durch den Rechtsanwender dienen. Auch inhaltlich unterliege der Beschluss des BewA keinen rechtlichen Bedenken.

Â

8

Mit ihrer Revision macht die KlÃ¤gerin eine Verletzung des Â§Â 87 AbsÂ 6 SatzÂ 9 SGB V geltend. Das Erfordernis, bei einer Bekanntmachung von BeschlÃ¼ssen des BewA im Internet zwingend einen Hinweis auf die Fundstelle im DÃ□ zu verÃ¶ffentlichen, stelle keinen selbststÃ¤ndigen Annex zur Bekanntmachung im Internet dar. Dies spreche vielmehr dafÃ¼r, dass die InternetverÃ¶ffentlichung gegenÃ¼ber der PrintverÃ¶ffentlichung eine untergeordnete Rolle spielen solle. Die VerÃ¶ffentlichung der Internetfundstelle in der Printausgabe diene auch nicht lediglich der Transparenz und der besseren Auffindbarkeit, auch wenn sich eine Ã¤hnliche Argumentation in der GesetzesbegrÃ¼ndung finde. Dazu sei die dortige Formulierung zu wenig konkret. Nach der Rechtsprechung des BSG sei von jedem Arzt zu erwarten, dass er sich Ã¼ber die herkÃ¶mmlichen Medien informiere. In diesem Zusammenhang habe das BSG festgestellt, dass das DÃ□ als offizielles Organ der BundesÃ¤rztekammer und der KassenÃ¤rztlichen Bundesvereinigung (KÃ□BV) fungiere. Dagegen sei nicht davon auszugehen, dass alle Ã□rzte gleichermaÃ□en Zugriff auf die Online-VerÃ¶ffentlichungen des BewA hÃ¤tten. Es kÃ¶nne nicht erwartet werden, dass die digitalen VerÃ¶ffentlichungen gleichermaÃ□en verfolgt wÃ¼rden wie die analogen. Bei einer kumulativen VerÃ¶ffentlichung im Internet und im DÃ□ â□□Â wie sie hier erfolgt seiÂ â□□ stelle sich zudem die Frage, welche Fassung gelten solle. Eine Regelung hierzu enthalte das SGBÂ V nicht.

Â

9

Unerheblich sei, dass der BewA bereits in seiner 309.Â Sitzung Regelungen fÃ¼r ein GesprÃ¤chsbudget beschlossen habe, ohne aber die Rechtsfolgen, nÃ¤mlich die KÃ¼rzung des darÃ¼ber hinausgehenden, abgerechneten Leistungsvolumens zu regeln. Erst mit dem Beschluss des BewA in der 319.Â Sitzung, dass Ã¼ber das Punktzahlvolumen hinausgehende GesprÃ¤che nicht mehr vergÃ¼tet wÃ¼rden, habe eine hinreichend bestimmte Regelung fÃ¼r eine Reduktion des Honoraranspruchs des Vertragsarztes vorgelegen. Ohne die Klarstellung wÃ¤re offengeblieben, ob die Ã¼ber das Budget hinausgehenden Leistungen nicht oder mit einem geringeren (quotalen) Wert vergÃ¼tet wÃ¼rden, wie dies beispielsweise bei den sog freien Leistungen auf der Ebene des HonorarverteilungsmaÃstabs Ã¼blich sei. Eine budgetierte VergÃ¼tung sei daher aufgrund der VerÃ¶ffentlichung des Beschlusses im Laufe des Quartals 1/2014 im DÃ erst ab dem Folgequartal 2/2014 mÃ¶glich gewesen.

Â

10

Die KlÃ¤gerin beantragt,
die Urteile des LSG Baden-WÃ¼rttemberg vom 22.5.2019 und des SG Stuttgart vom 27.6.2018 aufzuheben sowie den Honorarbescheid der Beklagten vom 15.7.2014 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides der Beklagten vom 12.5.2016 zu Ã¤ndern und die Beklagte zu verpflichten, Ã¼ber den Honoraranspruch der KlÃ¤gerin fÃ¼r das Quartal 1/2014 mit der MaÃgabe neu zu entscheiden, dass die Leistungen nach GOP 03230 EBM unbudgetiert vergÃ¼tet werden.

Â

11

Die Beklagte beantragt,
die Revision zurÃ¼ckzuweisen.

Â

12

Â§Â 87 AbsÂ 6 SatzÂ 9 SGBÂ V enthalte zwei gleichrangig nebeneinander stehende VerÃ¶ffentlichungsmÃ¶glichkeiten, wonach die BeschlÃ¼sse des BewA im DÃ oder im Internet bekannt zu machen seien und, falls die Bekanntmachung im Internet erfolge, im DÃ ein Hinweis auf die Fundstelle verÃ¶ffentlicht werden mÃ¼sse. Dies folge bereits aus dem Wortlaut (â oderâ). Ein anderes VerstÃ¤ndnis der Regelung, wie es die KlÃ¤gerin vertrete, wÃ¼rde dazu fÃ¼hren, dass die Bekanntmachungsalternative â im Internetâ praktisch bedeutungslos wÃ¤re und ins Leere liefe, da in diesem Fall auch statt des (zusÃ¤tzlich) geforderten Hinweises im 2.Â Halbsatz von Â§Â 87 AbsÂ 6 SatzÂ 9 SGBÂ V gleich eine VerÃ¶ffentlichung im DÃ erfolgen kÃ¶nne. Das habe der Gesetzgeber mit der ErgÃ¤nzung um die alternative Bekanntmachung â im Internetâ nicht gewollt.

Er habe hiermit eine echte Alternative schaffen wollen, die auch den technischen Fortschritt und den Medienwandel in der Zeit des Internets abbilde. An keiner Stelle lasse sich dem Gesetz oder der GesetzesbegrÃ¼ndung entnehmen, dass der zu verÃ¶ffentlichende Hinweis im DÃ eine Wirksamkeitsvoraussetzung bei einer VerÃ¶ffentlichung im Internet sein solle. Vielmehr gehe klar und eindeutig aus der GesetzesbegrÃ¼ndung hervor, dass der Gesetzgeber lediglich das Auffinden des Beschlusses habe gewÃ¤hrleisten wollen. Das Internet sei heutzutage ein herkÃ¶mmliches und allgemein zugÃ¤ngliches Informationsmedium. So werde auch im vertragsÃ¤rztlichen Bereich verstÃ¤rkt auf Digitalisierung gesetzt, wie zB die elektronische Einreichung der vertragsÃ¤rztlichen Abrechnung und die Telematikinfrastruktur zeigten.

Â

13

Im Ãbrigen sei bereits mit dem Beschluss des BewA in seiner 309.Â Sitzung am 27.6.2013 auch fÃ¼r die KlÃ¤gerin klar gewesen, dass ihr fÃ¼r die Abrechnung der GOP 03230 nur ein begrenzt abrechenbares Punktzahlvolumen zur VerfÃ¼gung stehen werde. Als in Angelegenheiten des Vertragsarztrechts (sach)verstÃ¤ndige Ãrzte dÃ¼rfe bei den Mitgliedern der KlÃ¤gerin davon ausgegangen werden, dass ihnen die Auswirkungen eines maximal abrechenbaren Punktzahlvolumens bei einer begrenzten GesamtvergÃ¼tung bekannt seien. Insoweit sei der ErgÃ¤nzung von NrÂ 10 der PrÃ¤ambel NrÂ 3.1 um einen SatzÂ 4 durch den Beschluss des BewA in der 319.Â Sitzung lediglich eine klarstellende Funktion zugekommen.

Â

II

Â

14

Die Revision der KlÃ¤gerin hat keinen Erfolg. Im Ergebnis zu Recht hat das LSG die Berufung der KlÃ¤gerin zurÃ¼ckgewiesen. Die GOP 03230 des EBM-Ã konnte bereits im Quartal 1/2014 nicht mehr Ã¼ber das fÃ¼r die KlÃ¤gerin maÃgebliche Punktzahlvolumen hinaus abgerechnet werden.

Â

15

A.Â 1.Â Rechtsgrundlage der sachlich-rechnerischen Richtigstellung ist Â§Â 106a AbsÂ 2 SGBÂ V *(hier noch idF des GKV-Modernisierungsgesetzes vom 14.11.2003,* BGBlÂ I 2190 *; heute:* Â§Â 106d AbsÂ 2 SGBÂ V*)*. Danach stellt die KÃV die sachliche und rechnerische Richtigkeit der Abrechnungen der an der vertragsÃ¤rztlichen Versorgung teilnehmenden Ãrzte und Einrichtungen fest. Die

insofern durchgefÃ¼hrte AbrechnungsprÃ¼fung zielt auf die Feststellung, ob die Leistungen rechtmÃ¤Ãig, also im Einklang mit den gesetzlichen, vertraglichen oder satzungsrechtlichen Vorschriften des Vertragsarztrechts â€Â mit Ausnahme des WirtschaftlichkeitsgebotsÂ â€ erbracht und abgerechnet worden sind, insbesondere die Vorgaben des EBM-Ã erfÃ¼llen *(vgl zuletzt BSG Urteil vom 25.11.2020 â€Â* BÂ 6Â KA 14/19Â R*Â â€ SozR 4â€2500 Â§Â 106a NrÂ 27 RdNrÂ 14 mwN)*.

Â

16

2.Â Die auf der Grundlage von Â§Â 106a AbsÂ 1 SGBÂ V aF vorgenommene sachlich-rechnerische Richtigstellung, gegen die sich die KlÃ¤gerin wendet, ist rechtmÃ¤Ãig. Zu Recht hat die Beklagte die GesprÃ¤chsleistungen der KlÃ¤gerin nach GOP 03230 im Quartal 1/2014 entsprechend den Vorgaben der NrÂ 10 der PrÃ¤ambelÂ 3.1 *(dazuÂ a)* auf 44Â 640Â Punkte begrenzt. Dies folgte allerdings nicht bereits mit der notwendigen Klarheit aus der ursprÃ¼nglichen Regelung idF des Beschlusses vom 27.6.2013 *(dazuÂ b)*, sondern erst aus der ErgÃ¤nzung der NrÂ 10 der PrÃ¤ambelÂ 3.1 um einen SatzÂ 4 durch Beschluss vom 18.12.2013 *(dazuÂ c)*. Entgegen der Auffassung der KlÃ¤gerin misst sich der Beschluss vom 18.12.2013 keine unzulÃ¤ssige RÃ¼ckwirkung bei. Zwar ist dieser erst mit der VerÃ¶ffentlichung im DÃ im Januar 2014 wirksam geworden; jedoch durfte die KlÃ¤gerin hier ausnahmsweise nicht auf eine unverÃ¤nderte Rechtslage vertrauen *(dazuÂ d)*. Die Budgetierung der GesprÃ¤chsleistungen ist auch im Ãbrigen mit hÃ¶herrangigem Recht vereinbar *(dazuÂ e)*.

Â

17

a)Â Zeitgleich mit der zum 1.10.2013 erfolgten Ausgliederung der mit 90Â Punkten bewerteten GOP 03230 fÃ¼r problemorientierte Ã¤rztliche GesprÃ¤che im Zusammenhang mit einer lebensverÃ¤ndernden Erkrankung aus der hausÃ¤rztlichen Versichertenpauschale *(GOP 03110Â ff EBMâ€Ã; seit dem 1.10.2013 GOP 03000 EBMâ€Ã)*, fÃ¼hrte der BewA mit Beschluss vom 27.6.2013 ein Punktzahlvolumen fÃ¼r die gemÃ¤Ã dieser GOP erbrachten und berechneten GesprÃ¤che ein. Das Punktzahlvolumen betrug 45Â Punkte multipliziert mit der Anzahl der â€Â in NrÂ 11 der PrÃ¤ambelÂ 3.1 nÃ¤her definiertenÂ â€ BehandlungsfÃ¤lle *(NrÂ 10 der PrÃ¤ambelÂ 3.1 SatzÂ 1 und 2)*. In BAGen â€Â wie der KlÃ¤gerinÂ â€ sowie Medizinischen Versorgungszentren und Praxen mit angestellten Ãrzten betrug das Punktzahlvolumen 45Â Punkte fÃ¼r jeden Behandlungsfall, an dem ein zur Abrechnung der GOP des hausÃ¤rztlichen Versorgungsbereichs berechtigter Arzt *(vgl NrÂ 1 der PrÃ¤ambelÂ 3.1)* beteiligt ist *(NrÂ 10 der PrÃ¤ambelÂ 3.1 SatzÂ 3 aF; idF des Beschlusses vom 18.12.2013: â€Â â¦Â fÃ¼r jeden Behandlungsfall gemÃ¤Ã Nr.Â 11 dieser PrÃ¤ambel, bei dem ein Arzt gemÃ¤Ã Nr.Â 1 dieser PrÃ¤ambel vertragsÃ¤rztliche Leistungen durchfÃ¼hrt und berechnetâ€)*. Im Ergebnis waren damit problemorientierte

Ã¤rztliche GesprÃ¤che nach der GOP 03230 nur dann im vollen Umfang von 90Â Punkten (je vollendete 10Â Minuten) von dem Punktzahlvolumen umfasst, wenn sie maximal in jedem zweiten Behandlungsfall angesetzt wurden. Dass die Berechnung des Punktzahlenvolumens der KlÃ¤gerin fÃ¼r das Quartal 1/2014 iH von 44Â 640Â Punkten ausgehend von den in diesem Quartal bei den beiden Ãrzten der KlÃ¤gerin angefallenen 992Â BehandlungsfÃ¤llen (992Â BehandlungsfÃ¤lle xÂ 45Â Punkte) diesen Vorgaben des EBM-Ã entsprach, ist zwischen den Beteiligten zu Recht nicht streitig.

Â

18

b)Â Der vom BewA âÂ wie sich aus der weiteren Rechtsentwicklung erschlieÃtÂ â intendierte vÃ¶llige Abrechnungsausschluss fÃ¼r die Ã¼ber dieses Punktzahlvolumen hinausgehenden GesprÃ¤che gemÃ¤Ã der GOP 03230 war hingegen NrÂ 10 der PrÃ¤ambelÂ 3.1 in seiner ursprÃ¼nglichen Fassung des Beschlusses vom 27.6.2013 nicht mit der erforderlichen Deutlichkeit zu entnehmen.

Â

19

(1)Â FÃ¼r die Auslegung vertragsÃ¤rztlicher VergÃ¼tungsbestimmungen ist nach stÃ¤ndiger Rechtsprechung des Senats in erster Linie der Wortlaut der Regelungen maÃgeblich. Dies grÃ¼ndet sich zum einen darauf, dass das vertragliche Regelwerk dem Ausgleich der unterschiedlichen Interessen von Ãrzten und Krankenkassen dient und es vorrangig Aufgabe des Normgebers des EBM-Ã âÂ des BewA gemÃ¤Ã Â§Â 87 AbsÂ 1 SGBÂ VÂ â ist, Unklarheiten zu beseitigen. Zum anderen folgt die primÃ¤re Bindung an den Wortlaut aus dem Gesamtkonzept des EBM-Ã als einer abschlieÃenden Regelung, die keine ErgÃ¤nzung oder LÃ¼ckenfÃ¼llung durch RÃ¼ckgriff auf andere Leistungsverzeichnisse bzw GebÃ¼hrenordnungen oder durch analoge Anwendung zulÃ¤sst. Raum fÃ¼r eine systematische Interpretation im Sinne einer Gesamtschau der in innerem Zusammenhang stehenden vergleichbaren oder Ã¤hnlichen LeistungstatbestÃ¤nde ist nur dann, wenn der Wortlaut eines Leistungstatbestandes zweifelhaft ist und es einer Klarstellung bedarf. Eine entstehungsgeschichtliche Auslegung kommt bei unklaren oder mehrdeutigen Regelungen ebenfalls in Betracht, kann allerdings nur anhand von Dokumenten erfolgen, in denen die Urheber der Bestimmungen diese in der Zeit ihrer Entstehung selbst erlÃ¤utert haben. Leistungsbeschreibungen dÃ¼rfen weder ausdehnend ausgelegt noch analog angewendet werden *(BSG Urteil vom 11.12.2013 âÂ BÂ 6Â KA 14/13Â R Â â SozR 4â2500 Â§Â 87 NrÂ 28 RdNrÂ 11 mwN; zuletzt BSG Urteil vom 25.11.2020 âÂ BÂ 6Â KA 14/19Â RÂ â SozR 4â2500 Â§Â 106a NrÂ 27 RdNrÂ 18 mwN)*.

Â

20

(2)Â Ausgehend von diesen MaÃstÃ¤ben war dem Wortlaut der (ursprÃ¼nglich einzigen) SÃ¤tzeÂ 1 bisÂ 3 der NrÂ 10 der PrÃ¤ambelÂ 3.1 lediglich die Bildung eines Punktzahlvolumens zu entnehmen, ohne dass erkennbar war, in welcher Art sich dies konkret auf die Abrechenbarkeit der GesprÃ¤chsleistungen auswirken sollte. Der Begriff des â€Punktzahlvolumensâ€ ist fÃ¼r sich genommen neutral und bezeichnet lediglich eine bestimmte Menge von Punkten. Eine Begrenzung, etwa der Abrechenbarkeit, auf dieses Punktzahlvolumen ist dem Begriff selbst nicht zu entnehmen. HierfÃ¼r bedarf es einer zusÃ¤tzlichen Regelung, wie dies etwa bei den Laborleistungen im Rahmen der Abstaffelung des sog Wirtschaftlichkeitsbonus *(GOP 32001 EBMâ€Ã€)* geschehen ist *(vgl NrÂ 3 der PrÃ¤ambelÂ 32.2 bzw NrÂ 4 der PrÃ¤ambelÂ 32.3; vgl jetzt auch die aktuelle Regelung in NrÂ 9 der PrÃ¤ambelÂ 3.1: â€Â â€¦Â wird ein Punktzahlvolumen â€¦ gebildet, aus dem alle gemÃ¤Ã€ der GebÃ¼hrenordnungsposition 03230 erbrachten Leistungen zu vergÃ¼ten sindâ€; vgl auch BSG Urteil vom 23.2.2005 â€Â* BÂ 6Â KA 55/03Â R *Â â€* SozR 4â€2500 Â§Â 87 NrÂ 9 *zum EBMâ€Ã€ 1999)*. Der Beschluss vom 27.6.2013 war insofern unvollstÃ¤ndig.

Â

21
(3)Â Auch eine BerÃ¼cksichtigung der Entstehungsgeschichte bringt nicht die erforderliche Klarheit. Die mit Beschluss vom 31.5.2013 zur Weiterentwicklung des EBM-Ã€ im hausÃ¤rztlichen Versorgungsbereich in den Jahren 2013 und 2014 vereinbarten Ãnderungen im hausÃ¤rztlichen Versorgungsbereich zum 1.10.2013 sahen lediglich vor, dass im Rahmen der beabsichtigten teilweisen Ausgliederung einer GesprÃ¤chsleistung aus der Versichertenpauschale eine Begrenzung der AbrechnungshÃ¤ufigkeit mÃ¶glichst auf Arztebene sicherzustellen sei. Hierbei sei zu prÃ¼fen, ob Unterschiede in der Struktur der BehandlungsfÃ¤lle berÃ¼cksichtigt werden kÃ¶nnen. Zur Art der Begrenzung macht dieser Beschluss keine Vorgaben. Vielmehr geht er gerade davon aus, dass â€Â abhÃ¤ngig von den zugrunde liegenden BehandlungsfÃ¤llenÂ â€ sogar eine differenzierte Regelung in Betracht kommt. Aus den auf der Internetseite des Instituts des BewA unter www.institut-ba.de verÃ¶ffentlichten entscheidungserheblichen GrÃ¼nden zu diesem Beschluss ergeben sich ebenfalls keine weiteren Anhaltspunkte. Diese lauten:
Â

Â

22
Auch die entscheidungserheblichen GrÃ¼nde zum Beschluss vom 27.6.2013 zur Ãnderung des EBMâ€Ã€, mit dem die NrÂ 10 in die PrÃ¤ambelÂ 3.1 eingefÃ¼gt

wurde, erlauben keinen hinreichenden RÃ¼ckschluss auf den konkreten Umfang der BeschrÃ¤nkung. Hierin heiÃt es unterÂ 2. RegelungsgrÃ¼nde:
Â

Â

23

Damit wird zwar angesprochen, dass es sich bei dem Punktzahlvolumen um ein GesprÃ¤chsbudget handeln soll. Wie sich dies konkret auf die Honorarabrechnung auswirkt, erschlieÃt sich hieraus jedoch nicht in ausreichendem MaÃe. Letztlich war nicht auszuschlieÃen, dass die Ã¼ber das individuelle Punktzahlvolumen hinaus geltend gemachten GesprÃ¤chsleistungen â€Â Ã¤hnlich wie bei Regelleistungsvolumina Ã¼berschreitenden Leistungen im Rahmen der HonorarverteilungÂ â€ zumindest noch abgestaffelt vergÃ¼tet werden.

Â

24

c)Â Erst mit der EinfÃ¼gung von SatzÂ 4 in die NrÂ 10 der PrÃ¤ambelÂ 3.1 stand fÃ¼r die VertragsÃ¤rzte mit der erforderlichen Klarheit fest, dass â€Ã¼ber das Punktzahlvolumen hinausgehende GesprÃ¤che gemÃ¤Ã der GebÃ¼hrenordnungsposition 03230 â¦ nicht vergÃ¼tetâ€ werden. Die rÃ¼ckwirkend zum 1.10.2013 eingefÃ¼hrte Regelung erweist sich damit als konstitutiv und nicht lediglich klarstellend. Hiervon gehen ersichtlich auch die Vertragsparteien des EBM-Ã aus, wenn sie in den entscheidungserheblichen GrÃ¼nden formulieren: â€Es erfolgt eine Konkretisierung bezÃ¼glich der Festlegung zum GesprÃ¤chsbudgetâ€ *(aaO, unter 2.Â Regelungsinhalt, ZuÂ 1. undÂ 6.)*. Dementsprechend hat auch die Beklagte eine Begrenzung der GesprÃ¤chsleistungen nicht bereits ab dem 1.10.2013 (Quartal 4/2013), sondern erst ab dem 1.1.2014 (Quartal 1/2014), nÃ¤mlich nach dem von ihr angenommenen Zeitpunkt des Wirksamwerdens des Beschlusses vom 18.12.2013 vorgenommen. Um die Berichtigung eines offensichtlichen Fehlers, die jederzeit mÃ¶glich ist *(vgl BSG Urteil vom 26.6.2019 â€Â* BÂ 6Â KA 8/18Â R*Â â€ SozR 4â€2500 Â§Â 87 NrÂ 36 RdNrÂ 31)*, handelte es sich damit bei der EinfÃ¼gung von SatzÂ 4 der PrÃ¤ambel auch nach der Auffassung der am BewA beteiligten Vertragsparteien und der Beklagten nicht.

Â

25

d)Â Die Anwendung der NrÂ 10 der PrÃ¤ambelÂ 3.1 SatzÂ 4 auf den Honoraranspruch der KlÃ¤gerin fÃ¼r die im Quartal 1/2014 erbrachten GesprÃ¤chsleistungen verstÃ¶Ãt dennoch nicht gegen das Verbot einer echten RÃ¼ckwirkung von Normen *(zu Letzterem vglÂ)*. Zwar hat das LSG zu Unrecht angenommen, die hier streitige ErgÃ¤nzung der PrÃ¤ambel mit Beschluss vom 18.12.2013 sei bereits mit der VerÃ¶ffentlichung auf der Internetseite des Instituts des BewA am 20.12.2013 amtlich publiziert und damit wirksam geworden. Das trifft nicht zu. Das fÃ¼r die VerkÃ¼ndung und damit die Wirksamkeit des Beschlusses, der eine Rechtsnorm darstellt, maÃgebliche Datum ist erst die VerÃ¶ffentlichung im DÃ am 24.1.2014 *(dazuÂ)*. Jedoch war die echte RÃ¼ckwirkung hier ausnahmsweise zulÃ¤ssig, da die KlÃ¤gerin nicht auf den unverÃ¤nderten Bestand der Rechtslage vertrauen durfte *(dazuÂ)*.

Â

26

(1)Â Das grundsÃ¤tzliche Verbot rÃ¼ckwirkender belastender Gesetze beruht auf den im Rechtsstaatsprinzip und in den Grundrechten verankerten Prinzipien der Rechtssicherheit und des Vertrauensschutzes *(hier: ArtÂ 12 AbsÂ 1 bzw ArtÂ 2 AbsÂ 1 iVm ArtÂ 20 AbsÂ 3 GG)*. Es schÃ¼tzt das Vertrauen in die VerlÃ¤sslichkeit und Berechenbarkeit der unter der Geltung des GG geschaffenen Rechtsordnung und der auf ihrer Grundlage erworbenen Rechte *(BVerfG Beschluss vom 7.10.2015 â□□Â 2Â BvR 568/15Â â□□ juris RdNrÂ 14; BVerfG Beschluss vom 11.8.2020 â□□Â 1Â BvR 2654/17Â â□□ NZA 2020, 1338 =Â juris RdNrÂ 15; BVerfG Beschluss vom 10.2.2021 â□□Â 2Â BvL 8/19Â â□□ NJW 2021, 1222 = juris RdNrÂ 140 mwN, auch zur VerÃ¶ffentlichung in BVerfGEÂ 156 vorgesehen)*. Es gilt ebenso fÃ¼r untergesetzliche Rechtsnormen *(zu Rechtsverordnungen s zB BVerfG Beschluss vom 8.6.1977 â□□Â 2Â BvR 499/74Â uaÂ â□□ BVerfGEÂ 45, 142, 173Â ff; BVerfG Beschluss vom 13.11.1990 â□□Â 2Â BvF 3/88Â â□□ BVerfGEÂ 83, 89, 109Â f)*, auch fÃ¼r solche des Vertragsarztrechts *(vgl dazu BSG Urteil vom 17.9.1997 â□□Â 6Â RKa 36/97Â â□□ BSGE 81, 86, 89, 102 =Â SozR 3â□□2500 Â§Â 87 NrÂ 18 SÂ 84, 98; zuletzt BSG Urteil vom 26.6.2019 â□□Â BÂ 6Â KA 8/18Â RÂ â□□ SozR 4â□□2500 Â§Â 87 NrÂ 36 RdNrÂ 15)*. Wenn der Gesetzgeber die Rechtsfolge eines der Vergangenheit zugehÃ¶rigen Verhaltens nachtrÃ¤glich Ã¤ndert, bedarf dies einer besonderen Rechtfertigung vor dem Rechtsstaatsprinzip und den Grundrechten *(BVerfG Beschluss vom 3.12.1997 â□□Â 2Â BvR 882/97Â â□□ BVerfGEÂ 97, 67, 78Â f; BVerfG Beschluss vom 10.2.2021, aaO, RdNrÂ 132)*. Nach der Rechtsprechung des BVerfG liegt eine echte RÃ¼ckwirkung dann vor, wenn ein Gesetz nachtrÃ¤glich Ã¤ndernd in abgewickelte, der Vergangenheit angehÃ¶rende Sachverhalte eingreift, eine unechte dann, wenn ein Gesetz auf gegenwÃ¤rtige, noch nicht abgeschlossene Sachverhalte und Rechtsbeziehungen fÃ¼r die Zukunft einwirkt und damit zugleich Rechtspositionen nachtrÃ¤glich entwertet *(BVerfG Beschluss vom 28.11.1984 â□□Â 1Â BvR 1157/82Â â□□ BVerfGE 68, 287, 306; BVerfG Urteil vom 23.11.1999 â□□Â 1Â BvF 1/94Â â□□ BVerfGE 101, 239, 263; BVerfG Beschluss vom 10.2.2021 â□□Â 2Â BvL 8/19Â â□□ NJW 2021, 1222 = juris*

RdNrÂ 134 mwN, auch zur VerÃ¶ffentlichung in BVerfGEÂ 156 vorgesehen; ebenso zB BSG Urteil vom 17.9.1997 â□□Â 6Â RKa 36/97*Â â□□* BSGEÂ 81, 86*, 89Â f =Â* SozR 3â□□2500 Â§Â 87 NrÂ 18 *SÂ 84Â f und zuletzt Senatsurteil vom 26.6.2019 â□□Â* BÂ 6Â KA 8/18Â R*Â â□□ SozR 4â□□2500 Â§Â 87 NrÂ 36 RdNrÂ 15)*. Bei dieser Abgrenzung ist auf den Zeitpunkt der Bekanntgabe (VerkÃ¼ndung) der Norm abzustellen *(vgl BVerfG Beschluss vom 10.10.2012 â□□Â* 1Â BvL 6/07*Â â□□* BVerfGEÂ 132, 302*, 318; BVerfG Beschluss vom 10.2.2021,* aaO*, RdNrÂ 134; BSG Urteil vom 22.10.2014 â□□Â* BÂ 6 KA 3/14Â R*Â â□□* BSGEÂ 117, 149 *=Â SozR 4â□□2500 Â§Â 106 NrÂ 48, RdNrÂ 24)*. Dies war hier der 24.1.2014 *(hierzu sogleich unterÂ)*.

Â

27

Dem kann nicht mit Erfolg entgegengehalten werden, dass eine Honorarbegrenzungsregelung, wie sie hier mit dem Punktzahlvolumen fÃ¼r GesprÃ¤chsleistungen vorliegt, nur unechte RÃ¼ckwirkung entfalten kann, solange die Abrechnung fÃ¼r das jeweilige Quartal (hier: 1/2014) zum Zeitpunkt der VerkÃ¼ndung der Ã□nderung des EBM-Ã□ noch nicht erfolgt war *(hier: Honorarbescheid vom 15.7.2014)*. Zwar entsteht der konkrete Honoraranspruch erst nach PrÃ¼fung der Abrechnung und Berechnung des tatsÃ¤chlichen Anspruchs des Vertragsarztes auf Honorarteilhabe, weswegen Ã□nderungen von Regelungen des HonorarverteilungsmaÃ□stabs (HVM) fÃ¼r noch nicht abgerechnete Quartale im Regelfall nur einen Eingriff in noch nicht abgeschlossene Sachverhalte darstellen und damit in Anwendung der GrundsÃ¤tze Ã¼ber unechte RÃ¼ckwirkungen bzw tatbestandliche RÃ¼ckanknÃ¼pfungen bei Vorliegen ausreichender GemeinwohlgrÃ¼nde im VerhÃ¤ltnis zum Vertrauensschaden rechtmÃ¤Ã□ig sind. Dies gilt indessen nicht stets fÃ¼r Regelungen des EBM-Ã□. Dessen Funktion erschÃ¶pft sich nicht in der Bewertung Ã¤rztlicher Leistungen, sondern ihm kommt auch Steuerungsfunktion insoweit zu, als er auf das Leistungsverhalten des Arztes einwirken soll. Dem kann der EBM-Ã□ nur nachkommen, wenn die entsprechenden Regelungen zu dem Zeitpunkt, in dem der einzelne Leistungserbringer Ã¼ber das Ob und das Wie der Leistungserbringung entscheidet, in Kraft sind. Der Senat hat dementsprechend die rÃ¼ckwirkende Herausnahme Ã¤rztlicher Leistungen aus dem EBM-Ã□ sowie die rÃ¼ckwirkende Reduzierung der Punktzahl, mit der die einzelne Leistung bewertet worden ist *(vgl BSG Urteil vom 17.9.1997 â□□Â* 6Â RKa 36/97*Â â□□* BSGE 81, 86*, 93 =* SozR 3â□□2500 Â§Â 87 NrÂ 18 *SÂ 88)*, ebenso wenig gebilligt wie die nachtrÃ¤gliche Ã□nderung der Voraussetzungen der Leistungserbringung einer GOP durch EinfÃ¼gung des Zusatzes â□□einmal am Behandlungstagâ□□ *(vgl zu dem Ganzen: BSG Urteil vom 26.6.2019 â□□Â* BÂ 6Â KA 8/18Â R*Â â□□ SozR 4â□□2500 Â§Â 87 NrÂ 36 RdNrÂ 18Â ff; vgl auch zur rÃ¼ckwirkenden Ã□nderung einer Punktwertgarantie im HVM: BSG Urteil vom 24.9.2003 â□□Â* BÂ 6Â KA 41/02Â R*Â â□□* SozR 4â□□2500 Â§Â 85 NrÂ 4 *RdNrÂ 14)*. Nichts anderes kann gelten, wenn im Nachhinein eine individuelle Obergrenze fÃ¼r die Abrechenbarkeit einer GesprÃ¤chsleistung eingefÃ¼hrt wird.

Â

28

(2)Â Nach allgemeinen rechtsstaatlichen GrundsÃ¤tzen werden abstrakt-generelle Rechtsnormen erst mit ihrer VerkÃ¼ndung rechtlich existent *(BVerfG Beschluss vom 22.3.1983 â□□Â 2Â BvR 475/78Â â□□ BVerfGEÂ 63, 343, 353; BVerfG Beschluss vom 7.7.2010 â□□Â 2Â BvR 748/05Â uaÂ â□□ BVerfGEÂ 127, 61, 75Â f)*. Das Rechtsstaatsprinzip verlangt Ã¼ber die ausdrÃ¼ckliche Regelung fÃ¼r Gesetze und Rechtsverordnungen in ArtÂ 82 AbsÂ 1 GG hinaus fÃ¼r alle materiellen Rechtsnormen, dass sie der Ã□ffentlichkeit so fÃ¶rmlich zugÃ¤nglich gemacht werden, dass die Betroffenen sich verlÃ¤sslich Kenntnis von ihrem Inhalt verschaffen kÃ¶nnen *(vgl BVerfG Beschluss vom 2.4.1963 â□□Â 2Â BvL 22/60Â â□□ BVerfGEÂ 16, 6, 16Â f, 18Â f =Â juris RdNrÂ 31, 37; BVerfG Beschluss vom 24.5.1977 â□□Â 2Â BvL 11/74Â â□□ BVerfGEÂ 44, 322, 350Â fÂ â□□ Allgemeinverbindlichkeitserklärung von TarifvertrÃ¤gen; BVerwG Urteil vom 10.10.2019 â□□Â 4Â CN 6/18Â â□□ Buchholz 310 Â§Â 47 VwGO NrÂ 219 =Â juris RdNrÂ 13 mwN zum Begriff der Bekanntgabe in Â§Â 47 AbsÂ 2 SatzÂ 1 VwGO)*. Diese Kenntnisnahme darf auch nicht in unzumutbarer Weise erschwert sein *(BVerfG Beschluss vom 22.11.1983 â□□Â 2Â BvL 25/81Â â□□ BVerfGEÂ 65, 283, 291 =Â juris RdNrÂ 36 zu BebauungsplÃ¤nen)*. Das gilt auch fÃ¼r untergesetzliche Rechtsnormen des Vertragsarztrechts *(BSG Urteil vom 17.9.1997 â□□Â 6Â RKa 36/97Â â□□ BSGEÂ 81, 86, 90 =Â SozR 3â□□2500 Â§Â 87 NrÂ 18 SÂ 85; zuletzt BSG Urteile vom 26.6.2019 â□□Â BÂ 6Â KA 66/17Â RÂ â□□ SozR 4â□□2500 Â§Â 87b NrÂ 21 RdNrÂ 36 und â□□Â BÂ 6Â KA 8/18Â RÂ â□□ SozR 4â□□2500 Â§Â 87 NrÂ 36 RdNrÂ 16, jeweils mwN)*.

Â

29

aa)Â Dementsprechend regelt Â§Â 87 AbsÂ 6 SatzÂ 9 SGBÂ V idF des Gesetzes zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung *(GKV-VStG)* vom 22.12.2011 *(BGBlÂ I 2983)* mWv 1.1.2012 *(seit 11.5.2019: Â§Â 87 AbsÂ 6 SatzÂ 10 SGBÂ V)*, dass BeschlÃ¼sse des BewA im DÃ□ oder im Internet bekannt zu machen sind; falls die Bekanntmachung im Internet erfolgt, muss im DÃ□ ein Hinweis auf die Fundstelle verÃ¶ffentlicht werden *(fast wortgleich Â§Â 7 AbsÂ 1 SatzÂ 2 der GeschÃ¤ftsordnung des BewA idF vom 1.9.2012 mWv 16.11.2012, vgl Beschluss des BewA in seiner 289.Â Sitzung ; im Folgenden: GeschÃ¤ftsordnung; insofern unverÃ¤ndert in der aktuellen, im Internet abrufbaren Fassung vom 31.12.2020)*. Nach dem Willen des Gesetzgebers sollte damit eine Bekanntmachung der BeschlÃ¼sse â□□entweder im Internet oder im Deutschen Ã□rzteblatt bzw. in beiden Medien gleichzeitig erfolgenâ□□ kÃ¶nnen. Zudem werde â□□festgelegt, dass bei einer alleinigen Bekanntmachung im Internet immer zusÃ¤tzlich ein Hinweis auf die Fundstelle im Deutschen Ã□rzteblatt zu verÃ¶ffentlichen ist, um das Auffinden des Beschlusses durch den Rechtsanwender zu gewÃ¤hrleistenâ□□ *(vgl die BegrÃ¼ndung zum Gesetzentwurf der Bundesregierung eines GKV-VStG, BT-Drucks 17/6906 SÂ 62 Zu NrÂ 22 , Zu BuchstÂ m)*.

Â

30

Bei einer elektronischen Bekanntmachung fehlt es zwar an einer VerkÃ¶rperung der Norm durch ein amtlich verantwortetes und gedrucktes Exemplar, sodass sich der genaue Zeitpunkt der Bekanntgabe durch â□□in Verkehr bringenâ□□ â□□Â anders als bei dem â□□Ausgebenâ□□ eines Printmediums *(vgl etwa BVerfG Beschluss vom 2.4.1963 â□□Â* 2Â BvL 22/60*Â â□□* BVerfGEÂ 16, 6*, 18Â f =Â juris RdNrÂ 37 zur VerkÃ¼ndung eines formellen Gesetzes)Â* â□□ nicht ohne Weiteres bestimmen lÃ¤sst. Infolgedessen hat der Normgeber darzulegen und im Falle des Bestreitens nachzuweisen, dass die Norm auf einer von ihm zu verantwortenden Seite mit dem Willen, sie amtlich bekannt zu machen, ins Internet eingestellt wurde und wann dies geschah (Tag der Bekanntgabe). Tag der Bekanntgabe ist dabei grundsÃ¤tzlich der Tag, der im Rahmen der InternetverÃ¶ffentlichung als solcher bezeichnet wird *(vgl BVerwG Urteil vom 10.10.2019 â□□Â* 4Â CN 6/18*Â â□□ BuchholzÂ 310* Â§Â 47 VwGO NrÂ 219 *=Â juris RdNrÂ 16 zu* Â§Â 47 AbsÂ 2 SatzÂ 1 VwGO*)*, hier etwa durch eine entsprechende Datumsangabe unter www.institut-ba.de *(vgl auch Â§Â 7 AbsÂ 2 SatzÂ 1 GeschÃ¤ftsordnung)*.

Â

31

Aus dem Wortlaut des Â§Â 87 AbsÂ 6 SatzÂ 9 SGBÂ V und der GesetzesbegrÃ¼ndung folgt zunÃ¤chst, dass die Bekanntgabe der BeschlÃ¼sse des BewA im Internet und im DÃ□ grundsÃ¤tzlich gleichberechtigt nebeneinander stehen; ein Vorrang der bisherigen Praxis, BeschlÃ¼sse des BewA im DÃ□ zu verÃ¶ffentlichen, besteht nicht. So fehlt es etwa an einer Regelung, dass nur der im DÃ□ verÃ¶ffentlichte Text als authentisch gilt *(so aber zB* Â§Â 27a AbsÂ 1 SatzÂ 4 VwVfG *â□□Ã□ffentliche Bekanntmachung im Internetâ□□, bei dem die VerÃ¶ffentlichung im Internet â□□Â wie sich bereits aus dem Wortlaut ergibtÂ â□□ nicht die eigentliche Bekanntmachung darstellt, sondern lediglich einen weiteren Zugangsweg zu den zu verÃ¶ffentlichenden Informationen ermÃ¶glicht, vgl auch Ramsauer in Kopp/Ramsauer, VwVfG, 21.Â Aufl 2020, Â§Â 27a RdNrÂ 14; U.Â Stelkens in Stelkens/Bonk/Sachs, VwVfG, 9.Â AuflÂ 2018, Â§Â 27a RdNrÂ 53)*.

Â

32

Andererseits ergibt sich aus dem Wortlaut der Vorschrift *(Hinweis â□□mussâ□□ verÃ¶ffentlicht werden)* sowie der GesetzesbegrÃ¼ndung *(Hinweis sei â□□immer zusÃ¤tzlichâ□□ zu verÃ¶ffentlichen)* auch, dass die (gleichzeitige) VerÃ¶ffentlichung eines Hinweises auf die Stelle, an der der Beschluss im Internet bekannt gegeben wird, Voraussetzung fÃ¼r eine wirksame Bekanntmachung ist. Der Gesetzgeber hat in Â§Â 87 AbsÂ 6 SatzÂ 9 SGBÂ V â□□Â anders als etwa in Â§Â 9 AbsÂ 2 SatzÂ 1 undÂ 2 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt *(KVG LSA)* idF vom

2.11.2020 *(GVBl LSA, 630)Â â□□* gerade nicht ausdrÃ¼cklich geregelt, dass die BeschlÃ¼sse des BewA bereits mit ihrer Bereitstellung im Internet Ã¶ffentlich bekannt gemacht sind und der Hinweis auf die Internetadresse lediglich nachrichtlich erfolgt *(vgl zu einer Ã¤hnlichen Situation beim zweistufigen VerkÃ¼ndungsverfahren eines Bebauungsplanes bzw der Genehmigung eines Bebauungsplanes gemÃ¤Ã□ Â§Â 10 AbsÂ 3 BauGB BVerwG Beschluss vom 3.6.2010 â□□Â 4Â BN 55.09Â â□□ BauR 2010, 1733 =Â juris RdNrÂ 13: Hinweis auf den Ort der Einsichtnahme in der Bekanntmachung ist Wirksamkeitsvoraussetzung)*.

Â

33

Dabei muss der Senat nicht entscheiden, ob der Hinweis auf die Fundstelle im Internet *(Â§Â 87 AbsÂ 6 SatzÂ 9 HalbsatzÂ 2 SGBÂ V)* aus verfassungsrechtlicher Sicht erforderlich ist oder ob auch eine andere Regelung rechtsstaatlichen Anforderungen genÃ¼gen wÃ¼rde. Das Rechtsstaatsprinzip gebietet â□□Â wie ausgefÃ¼hrtÂ â□□ lediglich, dass Rechtsnormen so zu verkÃ¼nden (bekannt zu machen) sind, dass die Betroffenen sich vom Erlass und vom Inhalt der Rechtsnorm verlÃ¤sslich Kenntnis verschaffen kÃ¶nnen und dass diese MÃ¶glichkeit der Kenntnisnahme nicht in unzumutbarer Weise erschwert sein darf *(vgl erneut BVerfG Beschluss vom 2.4.1963 â□□Â 2Â BvL 22/60Â â□□ BVerfGEÂ 16, 6, 16Â f =Â juris RdNrÂ 31; BVerfG Beschluss vom 22.11.1983 â□□Â 2Â BvL 25/81Â â□□ BVerfGEÂ 65, 283, 291 =Â juris RdNrÂ 36)*. Ob die MÃ¶glichkeit, sich vom Norminhalt zuverlÃ¤ssig Kenntnis zu verschaffen, durch die Art und Weise der VerÃ¶ffentlichung unmittelbar erschwert wird, hÃ¤ngt von den jeweiligen UmstÃ¤nden ab, die sich einer Verallgemeinerung Ã¼ber den konkreten Fall hinaus entziehen *(vgl BVerwG Beschluss vom 18.10.2006 â□□Â 9Â B 6.06Â â□□ Buchholz 310 Â§Â 108 AbsÂ 2 VwGO NrÂ 66 = juris RdNrÂ 4 mwN zur Bekanntmachung von kommunalen Satzungen in einer Zeitung; BVerwG Urteil vom 27.6.2013 â□□Â 3Â C 21.12Â â□□ BVerwGEÂ 147, 100 = juris RdNrÂ 20)*. Dabei spielt auch der konkrete Adressatenkreis, der typischerweise von einer Regelung betroffen ist, eine Rolle *(vgl BVerwG Urteil vom 27.6.2013 â□□Â 3Â C 21.12Â â□□ BVerwGE 147, 100 = juris RdNrÂ 26; vgl aber auch BVerwG Beschluss vom 5.12.2013 â□□Â 4Â BN 48.13Â â□□ BauR 2014, 503 = juris RdNrÂ 4 fÃ¼r den Fall, dass keine weitgehend homogene Personengruppe von dem Geltungsbereich der Norm erfasst wird)*. Vorliegend dÃ¼rfte der Gesetzgeber wohl die fortschreitende Nutzung des Internets und der elektronischen Datenverarbeitung durch Vertrags(zahn)Ã¤rzte *(vgl etwa Â§Â 86 SGBÂ V zur Verordnung in elektronischer Form, Â§Â 291a SGBÂ V zur elektronischen Gesundheitskarte, Â§Â 295 AbsÂ 4 SatzÂ 1 SGBÂ V zur papierlosen Ã□bermittlung im Rahmen der Abrechnung, Â§Â 341 SGBÂ V zur elektronischen Patientenakte, insbesondere Â§Â 341 AbsÂ 6 SatzÂ 1 undÂ 2 SGBÂ V zur Verpflichtung der an der vertragsÃ¤rztlichen Versorgung teilnehmenden Leistungserbringer, Ã¼ber die fÃ¼r den Zugriff auf die elektronische Patientenakte erforderlichen Komponenten und Dienste zu verfÃ¼gen)* ebenso berÃ¼cksichtigen wie den Umstand, dass es sich bei dem angesprochenen Adressatenkreis der Vertrags(zahn)Ã¤rzte um Akademiker mit einem hohen Bildungsniveau handelt.

Â

34

Ebenso wenig muss der Senat entscheiden, ob der Umstand, dass Â§Â 87 AbsÂ 6 SatzÂ 9 SGBÂ V nicht selbst regelt, unter welcher Internetadresse die BeschlÃ¼sse des BewA bekannt zu geben sind, den Gesetzgeber unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten zur Normierung eines Hinweises auf die Fundstelle im Internet verpflichtet. Dies wird zwar regelmÃ¤Ãig die Internetseite des Instituts des BewA www.institut-ba.de sein *(vgl insofern auch Â§Â 7 AbsÂ 1 SatzÂ 1 GeschÃ¤ftsordnung)*, Wirksamkeitsvoraussetzung der VerÃ¶ffentlichung ist dies jedoch nicht *(vgl dagegen fÃ¼r den Fall einer VerÃ¶ffentlichung von bereichsspezifischen Hygienerahmenkonzepten im Internet, wenn in der zugrunde liegenden Verordnung genau geregelt ist, in welchem VerÃ¶ffentlichungsmedium und unter welcher Adresse die Konzepte zu verÃ¶ffentlichen sind: OVG des Saarlandes Beschluss vom 12.10.2020 â□□Â 2Â B 288/20Â â□□ juris RdNrÂ 10)*. Es steht dem BewA frei, in Zukunft eine andere von ihm verantwortete Internetseite fÃ¼r die Bekanntgabe seiner BeschlÃ¼sse einzurichten, ohne dass eine GesetzesÃ¤nderung erforderlich wÃ¤re. Eine entsprechende Ãnderung der GeschÃ¤ftsordnung des BewA bedÃ¼rfte zu ihrer Wirksamkeit der Genehmigung durch das Bundesministerium fÃ¼r Gesundheit und mÃ¼sste im Internet verÃ¶ffentlicht werden *(Â§Â 87 AbsÂ 3e SatzÂ 2 undÂ 3 SGBÂ V)*. Kehrseite dieser Freiheit in der Wahl der Internetseite ist die vom Gesetzgeber normierte Verpflichtung, zugleich mit der Bekanntmachung im Internet einen Hinweis auf die Fundstelle im DÃ zu verÃ¶ffentlichen.

Â

35

Die verfassungsrechtlichen Anforderungen an eine VerÃ¶ffentlichung im Internet sind vorliegend jedoch ohne Belang, weil es nach Â§Â 87 AbsÂ 6 SatzÂ 9 SGBÂ V fÃ¼r eine wirksame Bekanntgabe auf die Publikation im DÃ ankommt. HÃ¤tte der Gesetzgeber die Printausgabe des DÃ nicht mehr als unverzichtbare Grundlage der VerÃ¶ffentlichung zumindest eines Hinweises auf eine Ãnderung des EBM-Ã vorschreiben wollen, hÃ¤tte dies ausdrÃ¼cklich geschehen mÃ¼ssen. Damit wÃ¤re nÃ¤mlich ein Bruch mit der jahrzehntelangen Tradition verbunden, dass im DÃ, das jeder Arzt als Mitglied einer Ãrztekammer erhalten kann, die BeschlÃ¼sse des BewA enthalten sind oder zumindest auf sie hingewiesen wird. Der Einwand, kaum ein Arzt lese regelmÃ¤Ãig die gesamte Ausgabe des DÃ, ist genauso irrelevant wie die ErwÃ¤gung, kaum ein BÃ¼rger lese regelmÃ¤Ãig das Bundesgesetzblatt. MaÃgeblich ist die gesicherte und allgemein bekannte MÃ¶glichkeit der Kenntnisnahme einer zugÃ¤nglichen Quelle. Wenn diese kÃ¼nftig eine Internetseite sein soll, muss das jedenfalls klar geregelt sein. Dies ist hier nicht geschehen. Aus den vom Gesetzgeber in Â§Â 87 AbsÂ 6 SatzÂ 9 SGBÂ V gewÃ¤hlten Formulierungen wird vielmehr unmissverstÃ¤ndlich deutlich, dass er derzeit (weiterhin) zumindest einen Hinweis im DÃ fÃ¼r erforderlich hÃ¤lt, um den betroffenen Vertrags(zahn)Ã¤rzten verlÃ¤sslich Kenntnis vom Erlass und vom Inhalt

der BeschlÃ¼sse des BewA zu verschaffen. Ein Vertrags(zahn)arzt soll sich zumindest aktuell darauf beschrÃ¤nken dÃ¼rfen, das DÃ□ als dem offiziellen Publikationsorgan der BundesÃ¤rztekammer und der KÃ□BV *(BSG Urteil vom 17.9.1997 â□□Â 6Â RKa 36/97Â â□□ BSGEÂ 81, 86, 90Â f =Â SozR 3â□□2500 Â§Â 87 NrÂ 18 SÂ 86; BSG Urteil vom 26.6.2002 â□□Â BÂ 6Â KA 26/01Â RÂ â□□ juris RdNrÂ 23)* nach VerÃ¶ffentlichungen oder â□□Â bei VerÃ¶ffentlichungen im InternetÂ â□□ nach Hinweisen auf neue BeschlÃ¼sse des BewA zu sichten *(zur Frage, ob dies auch fÃ¼r VertragszahnÃ¤rzte gilt und ob fÃ¼r diese nicht eine VerÃ¶ffentlichung in den ZahnÃ¤rztlichen Mitteilungen zu erfolgen hat vgl Hamdorf in Hauck/Noftz, SGBÂ V, Stand 12/19, Â§Â 87 RdNrÂ 393; Freudenberg, jurisPK-SGBÂ V, 4.Â Aufl 2020, Stand 15.6.2020, Â§Â 87 RdNrÂ 95)*.

Â

36

Soweit die Beklagte geltend macht, bei einer Auslegung des Â§Â 87 AbsÂ 6 SatzÂ 9 HalbsatzÂ 2 SGBÂ V im Sinne einer Wirksamkeitsvoraussetzung wÃ¤re die Bekanntmachungsalternative â□□im Internetâ□□ praktisch bedeutungslos und liefe ins Leere, kann dem nicht gefolgt werden. Ein kurzer Hinweis auf die Bekanntgabe des Beschlusses des BewA unter Angabe der maÃ□geblichen Internetseite wird in der Regel sehr viel kurzfristiger, womÃ¶glich schon in der nÃ¤chsten Ausgabe des DÃ□, verÃ¶ffentlicht werden kÃ¶nnen als ein mÃ¶glicherweise mehrseitiger Beschluss. Dies belegt auch der Umstand, dass der Beschluss vom 18.12.2013 tatsÃ¤chlich erst in der 4.Â Ausgabe des DÃ□ vom 24.1.2014 und damit Ã¼ber einen Monat nach Beschlussfassung abgedruckt wurde, was sich nicht allein mit den dazwischen liegenden Feiertagen erklÃ¤ren lÃ¤sst. Dass hier aufgrund der Beschlussfassung durch den BewA unmittelbar vor den Weihnachtsfeiertagen und dem letztmaligen Erscheinen des DÃ□ vor dem Beginn des ersten Quartals des Jahres 2014 am 23.12.2013 eine wirksame Bekanntgabe des Beschlusses vom 18.12.2013 im Jahr 2013 faktisch kaum noch mÃ¶glich war, ist dabei hinzunehmen *(vgl jetzt aber zu BeschleunigungsmÃ¶glichkeiten bei einer Beschlussfassung im schriftlichen Verfahren Â§Â 7 AbsÂ 1 SatzÂ 3 der aktuellen GeschÃ¤ftsordnung des BewA)*.

Â

37

bb)Â Der Beschluss des BewA vom 18.12.2013 zur Ã□nderung des EBMâ□□Ã□ mWv 1.10.2013 wurde nicht bereits mit seiner VerÃ¶ffentlichung im Internet am 20.12.2013, sondern erst mit der Bekanntgabe im DÃ□ vom 24.1.2014 wirksam verkÃ¼ndet. Denn ein Hinweis auf die Bekanntgabe des Beschlusses zur Ã□nderung des EBMâ□□Ã□ im Internet sowie auf die betreffende Fundstelle ist zu keinem Zeitpunkt im DÃ□ verÃ¶ffentlicht worden. Im Jahr 2013 ist â□□Â wie ausgefÃ¼hrtÂ â□□ nach der Beschlussfassung lediglich noch das DÃ□ vom 23.12.2013 erschienen. Weder diese noch die nachfolgenden Ausgaben des Jahres 2014 enthalten einen Hinweis auf den Beschluss zur Ã□nderung des EBMâ□□Ã□ aus

der 319.Â Sitzung.

Â

38

Erst am 24.1.2014 wurde der Beschluss im DÃ *(Aâ143 bis Aâ145)* verÃ¶ffentlicht. Zeitgleich wurde dort *(DÃ 2014, Aâ139)* eine Mitteilung Ã¼ber diesen Beschluss verÃ¶ffentlicht; unterÂ 6. heiÃt es ua: âDer Bewertungsausschuss hat einen Beschluss zur Ãnderung des Einheitlichen BewertungsmaÃstabes (EBM) mit Wirkung zum 1.Â Oktober 2013 gefasst und Anpassungen am Hausarztâ EBM vorgenommen.â Zudem enthÃ¤lt das DÃ den Hinweis: âDie entscheidungserheblichen GrÃ¼nde zu diesem Beschluss sind auf der Internetseite des Instituts des Bewertungsausschusses unter www.institut-ba.de verÃ¶ffentlicht.â Ein ausdrÃ¼cklicher Hinweis auf die VerÃ¶ffentlichung des Beschlusses selbst im Internet ist auch an dieser Stelle nicht erfolgt. Die von der KlÃ¤gerin angesprochene Problematik mÃ¶glicherweise voneinander abweichender Fassungen des Beschlusses bei einer parallelen VerÃ¶ffentlichung im Internet sowie im DÃ stellte sich hier daher von vorneherein nicht.

Â

39

(3)Â Damit entfaltet der Beschluss vom 18.12.2012 aus der 319.Â Sitzung fÃ¼r das gesamte hier allein streitgegenstÃ¤ndliche Quartal 1/2014 *(zum Quartalsprinzip vgl BSG Urteil vom 26.6.2019 âÂ BÂ 6Â KA 8/18Â RÂ â SozR 4â2500 Â§Â 87 NrÂ 36 RdNrÂ 31 mwN)* eine echte âÂ grundsÃ¤tzlich unzulÃ¤ssigeÂ â RÃ¼ckwirkung. Von diesem Grundsatz gilt hier jedoch eine Ausnahme, da ein eventuelles Vertrauen der KlÃ¤gerin, GesprÃ¤chsleistungen nach der GOP 03230 im Quartal 1/2014 ohne Begrenzung abrechnen zu kÃ¶nnen, nicht schÃ¼tzenswert war.

Â

40

Echte RÃ¼ckwirkungen und die RÃ¼ckbewirkung von Rechtsfolgen sind nur ausnahmsweise rechtmÃ¤Ãig. Das RÃ¼ckwirkungsverbot findet im Grundsatz des Vertrauensschutzes jedoch nicht nur seinen Grund, sondern auch seine Grenze. Es gilt nicht, soweit sich kein Vertrauen auf den Bestand des geltenden Rechts bilden konnte oder ein Vertrauen auf eine bestimmte Rechtslage sachlich nicht gerechtfertigt und daher nicht schutzwÃ¼rdig war. Hierzu hat das BVerG typisierende Fallgruppen entwickelt, in denen die RÃ¼ckbewirkung von Rechtsfolgen ausnahmsweise zulÃ¤ssig ist. Hierbei handelt es sich um Typisierungen ausnahmsweise fehlenden Vertrauens in eine bestehende Gesetzeslage *(vgl BVerfG Beschluss vom 14.5.1986 âÂ 2Â BvL 2/83Â â BVerfGEÂ 72, 200, 258; BVerfG Beschluss vom 3.12.1997 âÂ 2Â BvR 882/97Â â*

BVerfGEÂ 97, 67*, 79Â f; BVerfG Beschluss vom 17.12.2013 â□□Â* 1Â BvL 5/08*Â â□□* BVerfGEÂ 135, 1 *RdNrÂ 61 =Â juris RdNrÂ 64; BVerfG Beschluss vom 10.2.2021 â□□Â* 2Â BvL 8/19*Â â□□* NJW 2021, 1222 *=Â juris RdNrÂ 142, 161 mwN, auch zur VerÃ¶ffentlichung in BVerfGE 156 vorgesehen)*. Diese Falltypen sind â□□Â mit Ausnahme des BagatellvorbehaltsÂ â□□ AusprÃ¤gungen des Grundgedankens, dass allein zwingende GrÃ¼nde des gemeinen Wohls oder ein nicht â□□Â oder nicht mehrÂ â□□ vorhandenes schutzwÃ¼rdiges Vertrauen des Einzelnen eine Durchbrechung des rechtsstaatlichen RÃ¼ckwirkungsverbots zugunsten der Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers rechtfertigen oder gar erfordern kÃ¶nnen *(vgl BVerfG Beschluss vom 14.5.1986 â□□Â* 2Â BvL 2/83*Â â□□* BVerfGEÂ 72, 200*, 258 =Â juris RdNrÂ 129; BVerfG Beschluss vom 10.2.2021,* aaO*, RdNrÂ 142 mwN)*.

Â

41

Eine Ausnahme vom Grundsatz der UnzulÃ¤ssigkeit echter RÃ¼ckwirkungen ist gegeben, wenn die Betroffenen schon im Zeitpunkt, auf den die RÃ¼ckwirkung bezogen wird, nicht (mehr) auf den Fortbestand einer gesetzlichen Regelung vertrauen durften, sondern mit deren Ã□nderung rechnen mussten *(vgl BVerfG Urteil vom 30.4.1952 â□□Â* 1Â BvR 14/52 *uaÂ â□□* BVerfGEÂ 1, 264*, 280; BVerfG Urteil vom 19.12.1961 â□□Â* 2Â BvL 6/59*Â â□□* BVerfGEÂ 13, 261*, 272; BVerfG Beschluss vom 17.12.2013 â□□Â* 1Â BvL 5/08*Â â□□* BVerfGEÂ 135, 1 *RdNrÂ 62 =Â juris RdNrÂ 65; BVerfG Beschluss vom 10.2.2021 â□□Â* 2Â BvL 8/19*Â â□□* NJW 2021, 1222 *=Â juris RdNrÂ 143, jeweils mwN, auch zur VerÃ¶ffentlichung in BVerfGEÂ 156 vorgesehen).* Vertrauensschutz kommt insbesondere dann nicht in Betracht, wenn die Rechtslage so unklar und verworren war, dass eine KlÃ¤rung erwartet werden musste *(vgl BVerfG Beschluss vom 4.5.1960 â□□Â* 1Â BvL 17/57 *Â â□□* BVerfGEÂ 11, 64*, 72Â f; BVerfG Beschluss vom 17.1.1979 â□□Â* 1Â BvR 446/77*Â uaÂ â□□* BVerfGEÂ 50, 177*, 193 f; BVerfG Beschluss vom 8.4.1998 â□□Â* 1Â BvR 1680/93*Â uaÂ â□□* BVerfGEÂ 98, 17*, 39; BVerfG Beschluss vom 12.5.2009 â□□Â* 2Â BvL 1/00*Â â□□* BVerfGE 123, 111*, 130Â f; BVerfG Beschluss vom 2.5.2012 â□□Â* 2Â BvL 5/10*Â â□□* BVerfGEÂ 131, 20*, 41; BVerfG Beschluss vom 17.12.2013 â□□Â* 1Â BvL 5/08*Â â□□* BVerfGEÂ 135, 1 *RdNrÂ 62 =Â juris RdNrÂ 65)*, oder wenn das bisherige Recht in einem Ma□e systemwidrig und unbillig war, dass ernsthafte Zweifel an seiner VerfassungsmÃ¤Ã□igkeit bestanden *(BVerfG Beschluss vom 14.11.1961 â□□Â* 2Â BvR 345/60*Â â□□* BVerfGEÂ 13, 215*, 224 =Â juris RdNrÂ 31Â ff; BVerfG Beschluss vom 17.12.2013 â□□Â* 1Â BvL 5/08*Â â□□* BVerfGE 135, 1 *RdNrÂ 62 = juris RdNrÂ 65 mwN).* Der Vertrauensschutz muss ferner zurÃ¼cktreten, wenn Ã¼berragende Belange des Gemeinwohls, die dem Prinzip der Rechtssicherheit vorgehen, eine rÃ¼ckwirkende Beseitigung erfordern *(vgl BVerfG Urteil vom 19.12.1961 â□□Â* 2Â BvL 6/59*Â â□□* BVerfGE 13, 261*, 272Â f; BVerfG Urteil vom 23.11.1999 â□□Â* 1Â BvF 1/94*Â â□□* BVerfGE 101, 239*, 263Â f, 268)*, wenn der BÃ¼rger sich nicht auf den durch eine Norm erzeugten Rechtsschein verlassen durfte *(vgl BVerfG Beschluss vom 17.1.1979 â□□Â* 1Â BvR 446/77 *Â uaÂ â□□* BVerfGEÂ 50, 177*, 193Â f; BVerfG Beschluss vom 18.2.2009 â□□Â* 1Â BvR 3076/08*Â â□□* BVerfGEÂ 122, 374*, 394Â f, jeweils mwN; vgl auch fÃ¼r den Fall des Rechtsscheins durch eine â□□Â ungÃ¼ltigeÂ â□□ belastende Norm BVerfG*

Beschluss vom 11.8.2020 â□□Â 1Â BvR 2654/17*Â â□□* NZA 2020, 1338 *=Â juris RdNrÂ 17)* oder wenn durch die sachlich begrÃ¼ndete rÃ¼ckwirkende GesetzesÃ¤nderung kein oder nur ganz unerheblicher Schaden verursacht wird *(sogenannter Bagatellvorbehalt, vgl BVerfG Beschluss vom 23.3.1971 â□□Â* 2Â BvL 2/66*Â uaÂ â□□* BVerfGE 30, 367*, 389; vgl zu dem Ganzen BVerfG Beschluss vom 10.2.2021 â□□Â* 2Â BvL 8/19*Â â□□* NJW 2021, 1222 *= juris RdNrÂ 143 mwN, auch zur VerÃ¶ffentlichung in BVerfGE 156 vorgesehen; vgl auch BSG Urteil vom 17.9.1997 â□□Â* 6Â RKa 36/97*Â â□□* BSGE 81, 86*, 96 =* SozR 3â□□2500 Â§Â 87 NrÂ 18 *SÂ 91Â f; BSG Urteil vom 26.6.2019 â□□Â* BÂ 6Â KA 8/18Â R*Â â□□ SozR 4â□□2500 Â§Â 87 NrÂ 36 RdNrÂ 22)*.

Â

42

Ausgehend von diesen MaÃ□stÃ¤ben genÃ¼gte die rÃ¼ckwirkende ErgÃ¤nzung der NrÂ 10 der PrÃ¤ambelÂ 3.1 um einen SatzÂ 4 verfassungsrechtlichen Anforderungen. Die KlÃ¤gerin konnte zu keinem Zeitpunkt im Quartal 1/2014 erwarten, die zum 1.10.2013 neu eingefÃ¼hrte GOP 03230 fÃ¼r ein problemorientiertes Ã¤rztliches GesprÃ¤ch uneingeschrÃ¤nkt abrechnen zu kÃ¶nnen. Allerdings ergibt sich dies nicht bereits aus dem Beschluss des BewA vom 18.12.2013. Die vom BVerfG entwickelte Rechtsprechung zum Wegfall des Vertrauensschutzes ab dem Tag der â□□endgÃ¼ltigen Beschlussfassung im Bundestagâ□□ *(vgl BVerfG Beschluss vom 14.5.1986 â□□Â* 2Â BvL 2/83*Â â□□* BVerfGEÂ 72, 200*, 260, 262)* findet bei untergesetzlichen Normen keine Anwendung *(BSG Urteil vom 17.9.1997 â□□Â* 6Â RKa 36/97*Â â□□* BSGEÂ 81, 86*, 99Â f =* SozR 3â□□2500 Â§Â 87 NrÂ 18 *SÂ 95Â f = juris RdNrÂ 42 mwN).* Entsprechendes gilt, soweit die Beklagte meint, das Vertrauen der KlÃ¤gerin in eine unbegrenzte VergÃ¼tung ihrer GesprÃ¤chsleistungen sei mit der VerÃ¶ffentlichung des Beschlusses vom 18.12.2013 im Internet am 20.12.2013 zerstÃ¶rt worden. Eine solche Annahme wÃ¼rde dem Zweck des Hinweises auf die VerÃ¶ffentlichung im DÃ□ *(*Â§Â 87 AbsÂ 6 SatzÂ 9 HalbsatzÂ 2 SGBÂ V*)*, den Normadressaten verlÃ¤sslich Kenntnis von der Existenz und dem Inhalt der sie betreffenden Ã□nderung des EBMâ□□Ã□ zu erlangen, zuwiderlaufen.

Â

43

Von den in der Rechtsprechung des BVerfG anerkannten Fallgruppen zulÃ¤ssigerweise echt rÃ¼ckwirkender Gesetze ist hier derjenige der Unklarheit und Verworrenheit der ursprÃ¼nglichen Gesetzeslage einschlÃ¤gig. Der Beschluss Ã¼ber die Bildung eines Budgets fÃ¼r die Leistungen nach GOP 03230 EBMâ□□Ã□ vom 27.6.2013 mit Wirkung zum 1.10.2013 war insofern unvollstÃ¤ndig, als nicht bestimmt war, was mit GesprÃ¤chsleistungen geschehen sollte, die Ã¼ber das Budget hinaus abgerechnet werden *(vgl aber auch AAA â□□Â Abrechnung aktuell fÃ¼r Ã□rzteÂ â□□ vom 25.7.2013 â□□Aus alt mach neu: Jetzt doch wieder eine ErÃ¶rterungsleistungâ□□, der bereits auf der Grundlage des Beschlusses vom*

27.6.2013 davon ausgeht, dass Mehrleistungen nicht vergÃ¼tet wÃ¼rden). Klar war jedoch immer, dass eine Abrechnung zum vollen Punktwert ausgeschlossen war, weil das mit dem Sinn eines Budgets fÃ¼r eine Einzelleistung unvereinbar ist. Insofern ist auch von Bedeutung, dass der Normgeber das Punktzahlvolumen fÃ¼r die gemÃ¤Ã□ der GOP 03230 erbrachten und berechneten GesprÃ¤che in HÃ¶he von 45Â Punkten pro Behandlungsfall bereits zeitgleich mit der Ausgliederung der GesprÃ¤chsleistung aus der hausÃ¤rztlichen Versichertenpauschale mit Beschluss vom 27.6.2013 gebildet hatte. Damit stand bereits mit der EinfÃ¼hrung der GOP 03230 fÃ¼r problemorientierte Ã¤rztliche GesprÃ¤che im Zusammenhang mit einer lebensverÃ¤ndernden Erkrankung fest, dass diese nicht unbegrenzt vergÃ¼tet wÃ¼rden. Aus der Begrenzung auf 45Â Punkte pro Behandlungsfall bei einer Bewertung der GOP 03230 EBM-Ã□ mit 90Â Punkten je vollendete 10Â Minuten wird zudem deutlich, dass der BewA ein solches GesprÃ¤ch nur in jedem zweiten Behandlungsfall als erforderlich und uneingeschrÃ¤nkt abrechenbar ansah *(zu einem Fall, in dem die VertragsÃ¤rzte nicht mit der rÃ¼ckwirkenden EinschrÃ¤nkung der Abrechenbarkeit der Leistung rechnen mussten vgl dagegen: BSG Urteil vom 26.6.2019 â□□Â BÂ 6Â KA 8/18Â RÂ â□□ SozR 4â□□2500 Â§Â 87 NrÂ 36 RdNrÂ 22Â ff, insbesondere RdNrÂ 25 zur GOP 88740 â□□Schweineinfluenzaâ□□)*.

Â

44

Es bestand letztendlich also nur die Wahl zwischen einer Abstaffelung und einem Ausschluss der Berechnung jeglicher Ã¼ber das Volumen hinausgehender GesprÃ¤chsleistungen, wie es dann am 18.12.2013 beschlossen wurde. Mit dem Beschluss vom 18.12.2013 hat der BewA geklÃ¤rt, was nach seiner Intention schon ab dem Quartal 4/2013 gewollt, im Beschluss vom 27.6.2013 aber nur unvollstÃ¤ndig formuliert worden war. Insoweit enthÃ¤lt der Beschluss vom 18.12.2013 â□□Â wie dargelegt *(vgl oben RdNrÂ 18Â ff)Â â□□* zwar keine reine Klarstellung eines missverstÃ¤ndlichen Normtextes, die ohnehin auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens der ursprÃ¼nglichen Norm (1.10.2013) zurÃ¼ckgewirkt hÃ¤tte. Dieser Beschluss durfte sich aber ausnahmsweise trotz seines Charakters als eigenstÃ¤ndige Regelung und nicht nur technische Berichtigung RÃ¼ckwirkung beimessen. Ob diese auch schon das Quartal 4/2013 erfassen konnte, kann offenbleiben, weil die Beklagte ihn erst zu Beginn des Quartals 1/2014 angewandt hat. Zu Beginn dieses Quartals kannte jeder Vertragsarzt das Budget fÃ¼r die Leistungen nach GOP 03230 und musste mit dessen â□□Scharfstellungâ□□ rechnen, die der BewA tatsÃ¤chlich schon am 18.12.2013 vorgenommen hatte *(vgl auch BSG Urteil vom 23.3.2011 â□□Â BÂ 6Â KA 9/10Â RÂ â□□ SozR 4â□□2500 Â§Â 84 NrÂ 2 RdNrÂ 25Â â□□ RÃ¼ckwirkung von RichtgrÃ¶Ã□en; BSG Urteil vom 19.2.2014 â□□Â BÂ 6Â KA 10/13Â RÂ â□□ SozR 4â□□2500 Â§Â 85 NrÂ 79 RdNrÂ 44Â ff)*.

Â

45

e)Â Die Begrenzung der Abrechenbarkeit der GesprÃ¤chsleistungen nach GOP 03230 verstÃ¶Ãt auch im Ãbrigen nicht gegen hÃ¶herrangiges Recht. Die gerichtliche Ãberprüfung der auf der Grundlage des Â§Â 87 SGBÂ V vom BewA vereinbarten einheitlichen BewertungsmaÃstÃ¤be ist im Wesentlichen darauf beschrÃ¤nkt, ob der Ausschuss den ihm zustehenden Entscheidungsspielraum Ãberschritten oder seine Bewertungskompetenz missbrÃ¤uchlich ausgenutzt hat *(BSG Urteil vom 19.8.1992 â€Â 6Â RKa 18/91Â â€ SozR 3â€2500 Â§Â 87 NrÂ 5 SÂ 23; BSG Urteil vom 9.12.2004 â€Â BÂ 6Â KA 44/03Â RÂ â€ BSGEÂ 94, 50 =Â SozR 4â€2500 Â§Â 72 NrÂ 2, RdNrÂ 86 mwN; BSG Urteil vom 3.4.2019 â€Â BÂ 6Â KA 67/17Â RÂ â€ SozR 4â€2500 Â§Â 75 NrÂ 21 RdNrÂ 21 mwN)*. HierfÃ¼r ist nichts ersichtlich. Â§Â 87 AbsÂ 2b SatzÂ 1 SGBÂ V sieht fÃ¼r den EBM-Ã die Abbildung von Leistungen der hausÃ¤rztlichen Versorgung in Form von Versichertenpauschalen ausdrÃ¼cklich im Sinne einer Sollregelung vor; fÃ¼r Leistungen, die â€Â wie hier die GesprÃ¤chsleistungenÂ â€ besonders gefÃ¶rdert werden sollen, kÃ¶nnen Einzelleistungen oder Komplexleistungen vorgesehen werden. Auch der in der LeistungsbeschrÃ¤nkung liegende Eingriff in die BerufsausÃ¼bungsfreiheit der in der KlÃ¤gerin organisierten Ãrzte ist gerechtfertigt. Wegen der hier gegebenen geringen Eingriffstiefe zu Lasten der Ãrzte reichen sachlich nachvollziehbare ErwÃ¤gungen der Normgeber im Hinblick auf deren Gestaltungsfreiheit aus *(zum PrÃ¼fmaÃstab vgl BVerfG Beschluss vom 16.7.2004 â€Â 1Â BvR 1127/01Â â€ SozR 4â€2500 Â§Â 135 NrÂ 2 RdNrÂ 21Â ff; BSG Urteil vom 12.2.2020 â€Â BÂ 6Â KA 25/18Â RÂ â€ BSGEÂ 130, 39 =Â SozR 4â€2500 Â§Â 73b NrÂ 4, RdNrÂ 33Â f mwN; vgl auch BVerfG Beschluss vom 22.10.2004 â€Â 1Â BvR 528/04Â uaÂ â€ SozR 4â€2500 Â§Â 87 NrÂ 6 RdNrÂ 13 speziell zu den Leistungsbeschreibungen des EBM-Ã)*. Eine BeschrÃ¤nkung der Abrechenbarkeit von problemorientierten Ãrztlichen GesprÃ¤chen im Zusammenhang mit einer lebensverÃ¤ndernden Erkrankung auf jeden zweiten Behandlungsfall pro Quartal ist nachvollziehbar *(vgl auch BSG Urteil vom 8.3.2000 â€Â BÂ 6Â KA 16/99Â RÂ â€ BSGE 86, 30, 40Â ff =Â SozR 3â€2500 Â§Â 83 NrÂ 1 SÂ 12 =Â juris RdNrÂ 51Â ff zu Teilbudgets)*. Eine solche EinschÃ¤tzung steht auch im Einklang mit der Leistungslegende der GOP 03230: Ein problemorientiertes Ãrztliches GesprÃ¤ch im Zusammenhang mit einer lebensverÃ¤ndernden Erkrankung *(obligater Leistungsinhalt: GesprÃ¤ch von mindestens 10Â Minuten Dauer mit einem Patienten und/oder einer Bezugsperson; fakultativer Leistungsinhalt: Beratung und ErÃ¶rterung zu den therapeutischen, familiÃ¤ren, sozialen oder beruflichen Auswirkungen und deren BewÃ¤ltigung im Zusammenhang mit der/den lebensverÃ¤ndernden Erkrankung)* dÃ¼rfte, auch wenn der Begriff der lebensverÃ¤ndernden Erkrankung nicht nÃ¤her definiert wird, bei einer durchschnittlichen Hausarztpraxis nicht in jedem Behandlungsfall erforderlich sein *(siehe auch die Chronikerpauschalen GOP 03220 und 03221, die das Vorliegen einer â€lang andauerndenâ€, lebensverÃ¤ndernden Erkrankung voraussetzen: 3.2.2 des EBMâ€Ã 1/2014)*. Zu berÃ¼cksichtigen ist zudem, dass fÃ¼r besondere lebensverÃ¤ndernde Konstellationen gesonderte GOP vorgesehen sind, so etwa auÃer der bereits erwÃ¤hnten Chronikerpauschale die GOP fÃ¼r die palliativmedizinische Betreuung von Patienten *(vgl die GOP 03370, 03371, 03372 fÃ¼r die palliative Ersterhebung und Betreuung von schwerstkranken und sterbenden Patienten, die zum Teil nicht neben der GOP 03230 abrechenbar sind)* oder die GOP im AnhangÂ 2 TeilÂ A (Kostenpauschalen) der Onkologie-Vereinbarung

(AnlageÂ 7 zum BMV-Ã; vgl etwa die GOP 86520, welche auch die GesprÃ¤che im Zusammenhang mit der Tumortherapie umfasst). SchlieÃlich bestehen auch keine Anhaltspunkte, dass der Abrechnungsausschluss dazu fÃ¼hrt, dass erbrachte GesprÃ¤chsleistungen nicht angemessen vergÃ¼tet wÃ¼rden.

Â

46

B.Â Die Kostenentscheidung beruht auf Â§Â 197a AbsÂ 1 SatzÂ 1 TeilsatzÂ 3 SGG iVm Â§Â 154 AbsÂ 2 VwGO. Danach hat die KlÃ¤gerin die Kosten des von ihr ohne Erfolg gefÃ¼hrten Rechtsmittels zu tragen.

Â

Erstellt am: 20.01.2022

Zuletzt verändert am: 21.12.2024